

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mfr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verkauftmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Ranjer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbreuner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Römischen Platz 2.

Inserate für die viergespaltene Zeitungs- oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Verkaufsanzeigen 15 Pfg.

Emanzipation.

r. In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts veröffentlichte der konservative Sozialpolitiker Rudolf Meyer ein Werk „Der Emanzipationskampf des vierten Standes“, in dem er in ausführlicher und unparteiischer Weise die Bestrebungen des modernen Proletariats schilderte, die auf die Befreiung aus den Fesseln des Kapitals gerichtet sind. Seit dem Erscheinen dieses Buches, das seinerzeit sehr viele Leser gefunden hat, sind die Ausdrücke: Emanzipieren, Emanzipation, Emanzipationsbestrebungen und Emanzipationskampf gang und gäbe geworden. Es dürfte sicherlich unsere Kollegen interessieren, einmal etwas Näheres zu hören über die Herkunft, die Bedeutung und den Inhalt dieser Worte.

Nach altrömischem Rechte wurde das Eigentumsrecht an einem Gegenstande oder einem Menschen, zum Beispiel einem Sklaven, dadurch nach außen hin kundgegeben, daß man ihn in Gegenwart von Zeugen mit der Hand ergriff. Dieses Besitzergreifen nannte man „mancipatio“, durch Anlassen mit der Hand sich aneignen. Auch im altgermanischen Rechte finden wir das Ergreifen mit der Hand als das Symbol der Besitzergreifung. So wird uns von dem Normannenherzog Wilhelm erzählt, daß er nach seiner Ueberfahrt nach England beim Verlassen des Schiffes ins Straucheln geriet und zur Erde fiel. Mit großer Geistesgegenwart rief er seinen Krieger zu, daß er nunmehr von der englischen Erde Besitz ergriffen habe. Im Gegensatz zu der „mancipatio“ hatten die Römer das Wort „emancipatio“ gebildet, was die Entlassung aus dem Eigentumsrecht bedeutet. So wurde ein Sohn durch eine Willenskündigung des Vaters aus der väterlichen Gewalt, ein Sklave durch eine Willenskündigung seines Herrn aus dessen Eigentum entlassen. Sie wurden für freie Menschen erklärt und selbständig gemacht, sie standen nicht mehr unter der Vormachtigkeit eines anderen, sondern waren auf eigene Füße gestellt und hatten das freie Verfügungsrecht über ihre Person und ihr Vermögen.

Wie man sieht, ist das Wort Emanzipation ein sehr treffender Ausdruck für das, was das moderne Proletariat erstrebt. Der moderne Proletarier ist zwar nicht mehr rechtlich, aber faktisch Eigentum des Kapitalisten, der ihn nach Lust und Laune ausbeutet. Scheinbar hat er das Verfügungsrecht über sich selbst und seine Arbeitskraft, denn er ist ja ein freier Arbeiter und dem Unternehmer gleichberechtigt, aber in Wirklichkeit ist er dem Kapitalisten, dem Besitzer der Produktionsmittel ausgeliefert. Diese Abhängigkeit empfindet er als drückend und entwürdigend und darum schließt er sich mit seinen Klassengenossen zusammen, um mit Hilfe der Organisation das Joch der Knechtschaft abzuschütteln und zu zerbrechen. Die Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen der Gegenwart wollen sich freimachen von der Bevormundung durch die Kapitalisten, sie wollen auch auf politischem Gebiete die Selbständigkeit erringen, weshalb sie das Mitbestimmungsrecht in Staat und Gemeinde und die Gleichberechtigung mit den anderen Gesellschaftsklassen fordern. Der Emanzipationskampf des Proletariats ist also zunächst ein Kampf um die Befreiung aus wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit, er richtet sich gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Entrechtung.

Da die weiblichen Mitglieder der Gesellschaft von altersher nicht nur unter dem allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Joch gelitten haben, sondern auch in ihrer Eigenschaft als Geschlechtswesen von den Männern beherrscht worden sind, so erklärt sich hieraus die Tatsache, daß sie außer dem allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfe auch noch einen besonderen Kampf gegen die Herrschaft des Mannes zu führen haben. Wir können dies heutzutage deutlich beobachten. Die Frauen wollen nicht mehr das Eigentum des Mannes bleiben, dem sie als Ausbeutungs- und Lustobjekte willenlos ausgeliefert sind, sondern sie wollen die gleichberechtigte Genossin des Mannes werden. Darum fordern sie das freie Verfügungsrecht über ihre Persönlichkeit, ihren Körper und ihr Vermögen, die soziale und rechtliche Selbständigkeit neben dem Manne, die gleiche Beteiligung in allen öffentlichen Angelegenheiten wie der Mann, unbeschadet ihrer weiblichen Eigenart. Sie wollen nicht ihrer Geschlechtscharakter abstreifen, aber sie sind es leid, als ein Spielzeug oder ein Arbeitstier dem Manne zu dienen. Dieser Emanzipationskampf des Weibes, der mit dem proletarischen parallel läuft, spielt sich heute auf allen Gebieten ab, er wühlt unsere Gesellschaft in den tiefsten Tiefen auf, und wenn er siegreich verläuft, was zu hoffen ist, so wird er eine Umwälzung von weittragender Bedeutung im Gefolge haben. Er wird das wirtschaftliche,

soziale, politische, geistige und moralische Leben von Grund auf umgestalten.

Bei dem inneren Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Verhältnissen und sozialgeistigen Erscheinungen ist es selbstverständlich, daß der proletarische Emanzipationskampf nicht auf das wirtschaftliche und politische Gebiet beschränkt bleibt, sondern daß er auch andere Gebiete ergreift. Auch auf geistigem Gebiete wollen sich die Unterschichten von der Herrschaft der Oberschichten emanzipieren. Seit Jahrtausenden hat man die Proletarier in geistiger Rückständigkeit erhalten, man hat ihnen die Quellen des Wissens und den Zugang zur Menschenbildung verschlossen, man hat ihnen allerlei Tertulien und Vorurteile eingepflegt und ihr Bestesleben vergiftet. Die herrschenden Klassen hatten ein Interesse daran, die Massen zu verdummen und ihren Bildungsdrang zu ersticken, weil sie wußten, daß sich die dümmsten Schafe am geduldigsten scheren lassen. Aber das ist nun vorbei, denn es gärt in den proletarischen Massen und überall macht sich das Streben bemerkbar, sich Wissen anzueignen und dadurch zu einer Macht zu werden. Die Aufklärungsarbeit zieht immer weitere Kreise und das Licht der Erkenntnis senkt sich immer mehr von den Bergespitzen hinab in die Täler. Besonders auch in religiöser Hinsicht beginnt es langsam zu dämmern und allmählich fängt man auch in den Massen an einzusehen, daß die Religion von jeher mißbraucht worden ist, um die Ausgebeuteten im Zaume zu halten und sie über ihr Elend hinwegzutäuschen. Sozialwissenschaft und Naturwissenschaft sind die wichtigsten Waffen in diesem Teile des Emanzipationskampfes.

Vor allen Dingen vollzieht sich heute die Emanzipation auf dem Gebiete der Moral. Die heutige Moral, die die Herrschaftsverhältnisse der Vergangenheit und Gegenwart widerpiegelt, ist mehr oder minder überlebt und paßt nicht mehr für ein Geschlecht, das zu den Höhen freier Menschlichkeit emporstrebt. Die Sklavenmoral, die man den Unterschichten predigt, wird von dem kämpfenden Proletariat immer entschiedener abgelehnt und soll durch die Moral des Solidarismus ersetzt werden. Nicht mehr durch das Schreden mit Hölle und Teufel oder durch die Hoffnung auf eine Belohnung im Jenseits sollen die Menschen angespornt werden, ihre Pflicht zu tun, sondern das Gute und Rechte soll als eine Frucht besserer Erkenntnis und als das Wert einer freien Persönlichkeit erscheinen. Diese neue Moral wird auf der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Menschenliebe beruhen und das Fichte-Wort: „Der Mensch sei dem Menschen heilig!“ wird das Tun und Lassen der Menschen bestimmen.

Der proletarische Emanzipationskampf vollzieht sich mit der Notwendigkeit eines sozialen Gesetzes, aber er ist das Produkt menschlicher Tätigkeit. Die Proletarier dürfen nicht darauf warten, daß man sie emanzipiert und auf eigene Füße stellt. Sie müssen sich durch eigene Kraft losreißen aus der Gebundenheit und der Knechtschaft, sie müssen sich selbst freimachen und sich die Freiheit erkämpfen, denn jede Freiheit ist eine Selbstbefreiung.

Von der badischen Gewerbeaufsicht.

wk. Wenigleich die neuesten Jahresberichte der badischen Gewerbeinspektion noch manchen Vorteil aufweisen gegenüber den Berichten der meisten anderen deutschen Gewerbeinspektoren, so haben sie doch im Laufe der Jahre an sozialpolitischem Wert eingebüßt. In dem kürzlich erschienenen Bericht für 1913 suchen wir vergebens nach irgendwelchen Mitteilungen über das Organisationswesen der Arbeiter, über das Verhältnis der Unternehmer und Arbeiter zu den Aufsichtsbeamten, über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen. Ueber die Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse wird lediglich in wortfarger tabellarischer Aufmachung berichtet. Auch sonst fehlt dem Bericht an manchen Stellen das Salz, das ihm früher die angenehme Würze gab. Wir haben schon in den letzten Jahren auf diese Veränderung hingewiesen. Jetzt ist bekannt, daß vom Reichsamt des Innern allgemeine Weisungen über die Form der Berichterstattung ergangen sind. Auffallend bleibt aber immer noch, daß die badischen Beamten sich strenger an das vorgeschriebene Schema halten als manche ihrer Kollegen in den anderen Bundesstaaten.

Mit der Einführung des Kinderschutzes und des Hausarbeitsgesetzes hat sich das Arbeitsgebiet der Gewerbeinspektoren nicht unerheblich vergrößert. Früher vorwiegend Fabrik-aufsicht, ist ihre Tätigkeit jetzt zum guten Teil der Durchführung jener beiden Gesetze gewidmet. Die Hausarbeit ist in Baden weit verbreitet. Bis

zum Jahreschluß waren 11 382 hausgewerblich tätige Familien gemeldet, gegen 8700 im Jahre 1912; die Meldungen waren aber immer noch nicht vollständig. Den ersten Rang in der Hausindustrie nimmt die Tabakindustrie ein, in der mehr als 8100 hausgewerbliche Werkstätten gezählt wurden. Die große Mehrzahl der in diesem Zweig der Hausarbeit beschäftigten Personen sind Frauen. Auf je einen männlichen kommen vier weibliche Arbeiter. Unter diesen stellen wieder die Greise und die Kinder einen hohen Prozentsatz. Von 600 besuchten Tabakhausarbeitern standen im Alter von bis zu 14 Jahren 107, davon 66 Mädchen und 42 Knaben, von über 60 Jahre 116, darunter 89 Frauen, zwischen 70 und 80 Jahre waren alt 89, über 80 Jahre neun Personen. Die Arbeiterräume der Hausarbeiter entsprechen den gesetzlichen Vorschriften noch lange nicht. In besonderen Arbeiterräumen arbeiteten 60, in der Küche 109, in der Wohnstube 325, im Schlafraum 94, in einem Raum, der zugleich als Küche und Schlafraum diente, 14. Mit der Unzulänglichkeit der Räumlichkeiten ist die Unsauberkeit verbunden, die vielfach angetroffen wird und die eine Gesundheitsgefahr sowohl für die Tabakarbeiter als für die Tabakfabrikanten bedeutet. Der Tabak lagerte oft auf einem Boden, dessen Sauberkeit höchst zweifelhaft war. Eine Frau rippete, im Bett liegend, Tabak aus; sie war müde und nervenleidend und pflegte ihre Arbeit im Bett zu verrichten. Ein Hausarbeiter fortierte den Rehricht aus der Fabrik im Ziegenstall. Eine Tabakhausarbeiterin feuchte den Tabak im Ziegenstall an und lagerte ihn auch da selbst. Eine andere Arbeiterin benützte sogar den Markt als Arbeitsraum. Selbstverständlich wurde in diesen Fällen die Errichtung geeigneter Arbeiterräume verlangt. Aber es sind nur einige besonders trasse Mißstände, die zur Kenntnis der Aufsichtsbeamten kamen, gebessert. Notwendig ist eine allgemeine Sanierung der Zustände in der Zigarrenhausindustrie. Die Gesundheitsverhältnisse dieser Arbeiter sind erschreckend ungünstig. In verschiedenen Bezirken wurden genauere Feststellungen getroffen. Im Bezirk Bruchsal starben an Tuberkulose von den Tabakarbeitern 5,66 pro Tausend, von der übrigen Bevölkerung 1,88, der Landesdurchschnitt betrug 1,65. Die Säuglingssterblichkeit ist in den Zentren der Zigarrenindustrie doppelt so groß wie in denen der Textilindustrie. Es gilt als erwiesen, daß Nikotin in die Muttermilch übergeht. Deshalb werden mit großem Nachdruck Maßregeln zur Vermeidung der Staubbildung, zur Entfernung des Tabakdunstes und zur Zuführung frischer Luft verlangt.

Auch der Kinderschutz gewinnt mit der wachsenden Zahl der beschäftigten Schulkinder an Bedeutung. Die Mannheimer Schulbehörde hat durchgesetzt, daß ihr alle Anträge auf Ausstellung von Arbeitskarten zunächst zur Begutachtung vorgelegt werden. Sie prüft nicht nur die Geschäftsmäßigkeit, sondern auch die Zweckmäßigkeit der Beschäftigung ihrer Pflegebefohlenen und die Arbeitsstärke wird erst dann ausgestellt, wenn der Klassenlehrer nach der geistigen und körperlichen Beschaffenheit des Kindes die Beschäftigung für ratsam hält. In Karlsruhe will man daselbstselbe Verfahren einführen. In kleineren Gemeinden vertreten dagegen selbst die Bürgermeister noch die rückständige Anschauung, daß die gewerbliche Beschäftigung der Kinder empfehlenswert sei, damit sie von der Straße wegkommen.

Zeigen schon diese Beispiele, daß die badischen Aufsichtsbeamten sich ihren alten Freimut trotzallem bewahrt haben, so kann man auch aus der trockenen Zusammenstellung der Revisionsbefunde in zahlreichen Industrie- und Gewerbebetrieben des öfteren den Eindruck gewinnen, daß den Beamten ein schärferes Zugreifen, besonders der Berichte, gegen die Verächter der Arbeiterschutzbestimmungen erwünscht wäre. Obgleich sich die Aufsichtsbeamten nur schwer entschließen, Anzeige zu erstatten, kommt es vor, daß auf Freisprechung erkannt wird, auch wenn handgreifliche Verstöße gegen gesetzliche Schutzvorschriften vorliegen; eingeleitete Strafverfahren werden eingestellt und es wird auf Strafen erkannt, die eine ganz ungerechtfertigte Milde gegenüber den Unternehmern beklunden. Einige die Holzindustrie betreffende Fälle, die im Bericht Erwähnung finden, seien hier wiedergegeben, obgleich dieselben nicht die kräftigsten unter den aufgezählten sind.

In einer kleinen Lohnsägerei mit Wasserbetrieb nahm ein elfjähriger Junge die geschnittenen Hölzer von der Kreisäge ab. Im Verlauf der Revision zeigte er sich auch mit anderen Arbeiten an den Maschinen und mit dem Abstellen des Wasserrades durchaus vertraut. Strafe 3 Mfr. — Der Besitzer eines Sägewerks beschäftigte einen volkspflüchtigen zwölfjährigen Knaben täglich nachmittags

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern, Maschinenisten und Hilfsarbeitern nach Bernau (Liebe Nachf.), Breslau (Waggonfabrik Linde-Hofmann-Werke), Freiberg in Sachsen (Freiberger Möbelfabrik, Inh. Gustav Kury), Gassen, Lindau i. Bodensee, Rudolstadt (Fa. Zittow), Schönlanke, Sprau, Straßburg im Elß (Möbelschreinereien), Sulingen, Wittstock, Witten in Holland, Genf, Schaffhausen.
- Modelltischlern nach Breslau (Waggonfabrik Linde-Hofmann-Werke), Gassen.
- Stuhlbauern und Polsterern nach Turn-Teplitz in Böhmen.
- Parquetlegern nach Danzig (Parquetfabrik Domanski, Jilinski), Hannover (Muhl).
- Drechslera nach Hersbruck, Schönlanke.
- Berggoldern, Grundratern, Verzieren und Farbmalern nach Rudolstadt.
- Stellmachern nach Breslau (Waggonfabrik Linde-Hofmann-Werke), München, Stuttgart (Karoßiefabrikanten Reutter und Auer), Waldkirch.
- Korbmachern nach Dömitz (Gebr. Eggers), Lenzburg in der Schweiz.
- Kammachern nach Briß bei Berlin (Bloch), Erlangen, Griesheim (Westl).
- Büstenmachern nach Frankfurt a. M. (Franz), Neuwied a. Rh. (Loeb).
- Klaviermachern nach Kristiania (Gebr. Hals, Orgel-fabrik Olsen u. Jörgensen).
- Werkstatthaltern nach Danzig (Schichtwerst), Mogen bei Begeßad.
- Mühlenbauern und Monteuren nach Gassen.

Zahlten Zuschüsse, auf die einzelnen daran beteiligten Hausgewerbetreibenden, erfolgt durch die Kasse. Andere Kassen haben versucht, die Zuschüsse von den einzelnen Hausgewerbetreibenden, die, wenn sie Teile laufen auch Auftragsgeber sind, zu erheben. Dieses System hat sich als undurchführbar erwiesen. Weiter wird die Buchung der Zuschüsse noch dadurch erschwert, daß der Auftraggeber die Zuschüsse an der Kasse zahlen muß, wo er seinen Betrieb hat. (§ 473 RVO.) Diese Kasse muß für den Versicherungszuständigen Kasse überweisen. Bei der Zerrissenheit unseres Vaterlandes hier in Thüringen, werden nun die Zuschüsse an verschiedene Kassen gezahlt, da der Hausgewerbetreibende meistens mehrere Auftraggeber hat. Wohl kann nach § 485 der Hausgewerbetreibende die Beiträge doppelt einzahlen, um sich jeberzeit den Anspruch auf volles Krankengeld zu sichern. Doch nur wenige haben davon Gebrauch gemacht, meist sind sie zu arm dazu.

Noch andere Unstimmigkeiten ergeben sich fortwährend. So die Feststellung, wer ist Hausgewerbetreibender? (§ 162 RVO.) Hier nennt sich fast jeder Hausgewerbetreibende Fabrikant. Ferner ist die Frage noch nicht geklärt, ob es den hausgewerblich Beschäftigten gestattet ist, der Kasse weiter als gewerbliche Arbeiter anzugehören, wenn sie schon vorher versichert waren. Die Entscheidungen der Versicherungsämter sind hier verschieden.

Aber auch alle Familienangehörigen eines Hausgewerbetreibenden sind als hausgewerblich Beschäftigte versicherungspflichtig. Wohl waren sie schon nach dem Krankenversicherungs-gesetz versicherungspflichtig, aber niemand hat sich darum gekümmert. Jetzt muß für alle gezahlt werden, und das ist nach dem Begriffsvermögen dieser Leute zu viel Geld.

Trotzdem ist es der Sonneberger Kasse gelungen, den größten Teil der Versicherungspflichtigen zu erfassen, aber ein Teil der Auftraggeber weigert sich entschieden, Listen einzureichen und Zuschüsse zu zahlen. Die Hausgewerbetreibenden, welche sich nicht anmelden, werden zwangsweise eingetragen. Gegen die Auftraggeber geht man mit Strafen vor. Protestversammlungen sind die Folge, zu denen die sonst schwer beweglichen Heimarbeiter stundenweise Wege nicht scheuen, um mit ihren Ausbeutern gemeinsame Sache zu machen. Petitionen werden eingereicht, die natürlich vom Versicherungsamt abgelehnt werden müssen.

So schwierig wie im Spielwarenbezirk, liegen die Verhältnisse im Coburg-Richtensfeld-Korbmacherbezirk nicht. Hier stellen sich die Korbmacher auf den Standpunkt, daß sie keine Hausgewerbetreibenden, sondern selbständige Gewerbetreibende sind. Ueber die Zustimmung der Korbmacher, als Auftraggeber, braucht man sich nicht zu wundern. Dieser Standpunkt wird aber auch von dem Reichstagsabgeordneten für Richtensfeld Dr. Pfeiser, welcher selbst für das Gesetz gestimmt, vertreten. Ebenso von dem seitherigen Abgeordneten für Coburg Dr. Quart.

Seit dem 1. Januar besteht die Versicherungspflicht, und bis jetzt hat in den Heimarbeitsbüchern der Korbmacher noch niemand gezahlt. Die Korbmacher haben petitioniert, haben Proteste verfaßt, überall sind sie abgewiesen. Das Oberversicherungsamt Richtensfeld hat eine eingehende Begründung der Versicherungspflicht der Korbmacher gegeben. Aber die Korbmacher wollen sich ausfinden lassen, freiwillig will keiner zahlen. Dem Schreiber dieses wurde in einer Versammlung entgegengehalten, daß Korbmacher überhaupt nicht krank würden. Dabei wird auf diesen Dörfern mit wenig Ausnahmen, von morgens 6 bis Mitternacht gearbeitet.

In beiden Ortsbezirken, bei den Spielwarenarbeitern, ebenso bei den Korbmachern, ist die Versicherung notwendig. Wie das Gesetz jetzt ist, ist es natürlich nicht zu gekauften. Wir wünschen aber alle Beteiligten, besonders die „Volksvertreter“, welche für das Gesetz gestimmt haben, mittheilen Aufklärung zu schaffen, so würde es die Einführung erleichtern und eventuell später etwas Brauchbares zustande

kommen. Auch der damalige Abgeordnete für Sonneberg, Dr. Enders, hat für das Gesetz gestimmt. Die Stellung, welche die Herren jetzt einnehmen, kann daher nicht genug gebrandmarkt werden. Für die Sozialdemokraten war dieses unferlige, umständliche Gesetz unannehmbar, alle Abgeordneten haben dagegen gestimmt.

Die eigenartigen Verhältnisse haben es jetzt zuwege gebracht, daß die Empörung, auch der ärmsten Heimarbeiter, sich gegen Gewerkschaft und Partei richtet. Aber früher oder später werden diese ausgebeuteten Arbeiter ihre wahren Freunde erkennen. Die Heimarbeiter sind ausgerückt, sie fangen an zu denken. Die Zeit wird auch die richtige Erkenntnis bringen, und dann werden die Sozialdemokratie und auch die Gewerkschaften den Vorteil haben.

Die Eröffnung des Verbandstages.

Der zehnte Verbandstag wurde Sonntag, den 24. Mai, in der herkömmlichen Weise eröffnet. In dem schönen Saale des Gewerbehauses hatten die Dresdener Kollegen eine eindrucksvolle Feier veranstaltet, an welcher neben den Delegierten auch die Mitglieder der Dresdener Zahlstelle mit ihren Frauen in größerer Zahl teilnahmen. Schöne Darbietungen eines stark besetzten Orchesters wechselten ab mit prächtig zu Gehör gebrachten Männer- und Frauenchören. Im Auftrage der Dresdener Kollegen entbot Kollege Lauter den Delegierten den Willkommengruß. Er knüpfte an die sozialen Gegensätze an, die in Dresden besonders deutlich in Erscheinung treten. Die prächtigen Villen in der schönen Umgebung der Stadt, auf der anderen Seite weite Gebiete, in welchen sich Schornstein an Schornstein reiht; dazwischen die Kasernen des Militärs, dessen Aufgabe es ist, den Besitzenden den Genuß ihres Reichtums zu sichern, und die Arbeiter in ihrem Vorwärtsschreiten aufzuhalten. Der Vormarsch der Arbeiterklasse ist aber nicht aufzuhalten, das hat sie gerade in Dresden deutlich bewiesen.

Redner erinnerte an die Gründung der ersten Arbeiterorganisationen im Sturmjahr 1848, die in der nachher folgenden Reaktionsperiode wieder vernichtet wurden. Als dann die Koalitionsverbote aufgehoben wurden, waren die Holzarbeiter mit die ersten, die eine Organisation ins Leben riefen. Auf der Erfurter Generalversammlung der Holzarbeiter-Gewerkschaft im Jahre 1872 war schon eine Dresdener Mitgliedschaft vertreten und damals existierte in Dresden auch schon eine Organisation der Berggolder und eine solche der Stellmacher. Das Sozialistengesetz hat zwar die Organisationen vernichtet, aber den Zusammenhalt der Kollegen nicht gelöst. Dieser wurde vornehmlich durch die freien Hilfskassen aufrecht erhalten.

Der Fall des Sozialistengesetzes hat für die inzwischen ins Leben gerufenen Organisationen aber die Bahn noch nicht freigemacht. Mittels des sächsischen „Zuwels“ wurden die Gewerkschaften nach wie vor schikaniert. Wurde doch noch im Jahre 1891 die aus drei Mitgliedern bestehende Agitationskommission der Tischler aufgefordert, die Mitgliederliste und das Statut der Polizei einzureichen und ihre Versammlungen anzumelden. Die „Versammlungen“ dieser Kommission wurden tatsächlich von zwei Polizisten überwacht und schließlich wurde der „Verein“, der der Polizei nicht zu Willen sein wollte, aufgelöst. Diese Politik der Nabelstiche konnte jedoch den Fortschritt des Organisationsgedankens nicht aufhalten. Heute gibt es in Dresden nur ganz wenige Branchen der Holzindustrie, deren Angehörige nicht vollständig organisiert sind.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erinnert Kollege Lauter an die Kämpfe, welche die Dresdener Holzarbeiter in älterer und neuerer Zeit geführt haben. Unter anderem erwähnt er eines achtstägigen Streiks der Berggolder im Jahre 1872. Damals mußten die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter bewilligen. Diese waren aber damit nicht zufrieden, und sie verlangten und erreichten es auch, daß die Meister die Kosten des Streiks bezahlten. Die in früheren Zeiten geführten Kämpfe brachten den Arbeitern in der Regel den Sieg, der Erfolg war jedoch nicht von Dauer. Erst die in neuerer Zeit zur Anwendung gebrachte Taktik sicherte uns dauernde Erfolge. Der Verbandstag hat die Aufgabe, unsere Waffen zu prüfen und uns neue Waffen zu schmieden, die sich als hieb- und stichfest erweisen. Die mit lebhaftem Beifall ausgenommenen Ausführungen Lauters klangen aus in ein Glückauf für gutes Gelingen der Arbeiten des Verbandstages.

Der Verbandsvorsitzende, Kollege Leipart, der alsdann das Wort nahm, dankte zunächst dem Vorredner und den Dresdener Kollegen für die freundliche Begrüßung. In die vom Kollegen Lauter aufgerollten Erinnerungen aus der Geschichte der Holzarbeiterbewegung in Dresden anknüpfend, hob Leipart die wichtige Rolle hervor, welche Dresden neben anderen Städten in der Bewegung der Holzarbeiter in Deutschland gespielt hat. Besonders in der Zeit nach der im Jahre 1876 beschlossenen Verschmelzung der beiden rivalisierenden Organisationen der Holzarbeiter haben die Dresdener Kollegen bewiesen, daß sie das Recht der Kritik und der Opposition für sich in Anspruch nehmen.

Bereits im Jahre 1878 hat in Dresden ein Verbandsstag, die Generalversammlung des Tischlerbundes, getagt. Damals ist Karl Kloß das erste Mal als Delegierter erschienen. Vom Jahre 1883 ab bis zu seinem Tode hat dann Kloß alle Kongresse der Tischler und Holzarbeiter einberufen und geleitet und für die Bewegung der Holzarbeiter eine Tätigkeit entfaltet, deren wir uns stets dankbar erinnern werden. Seitdem unser Verband in seiner gegenwärtigen Form existiert, tagt er jetzt zum ersten Male in Dresden. Sachsen und Dresden haben einen guten Ruf in der Arbeiterbewegung. Die sächsischen Arbeiter standen immer im Vordertreffen; sie haben harte Kämpfe geführt und bedeutungsvolle Siege errufen. Dresden ist deshalb ein guter, verheißungsvoller Boden für unsere Waffen-schmiede.

Auf dem Verbandstag dürfen wir nicht nur rückwärts blicken, wir müssen auch Ausschau halten in die Zukunft, die Mitglieder künftiger Kämpfe erwägen und unser Mißzeug schärfen für den Kampf, der weiterzuführen ist. Wir wünschen den Kampf nicht, wir freuen uns, wenn es uns gelingt, durch friedlich verlaufene Lohnbewegungen Erfolge zu erzielen und den Kollegen und ihren Familien

Opfer zu ersparen. Aber auch eine friedlich verlaufene Lohnbewegung bedeutet ein hartes Ringen um jeden Pfennig Lohnerhöhung und jede Stunde Arbeitszeitverkürzung.

Im Jahre 1911 hat der Arbeitgeber-Schutzverband in Dresden Kriegsrat gehalten. Hier ist besonders eingehend erwogen worden, auf welchem Wege dem Deutschen Holzarbeiter-Verband „die Kasse zu verkleinern“ ist. Für die geplante große Aussperrung wurden hier weitgehende Pläne geschmiedet. Jene Beschlüsse der Arbeitgeber haben unseren Vormarsch nicht zu hindern vermocht. Trotz der schweren Wirtschaftskrise haben wir insbesondere bei der Tarifbewegung im Jahre 1913 Erfolge errungen, die hinter den Erfolgen in Zeiten der Hochkonjunktur nicht zurückbleiben. Das ist ein Beweis für das Ansehen, die Festigkeit und den Einfluß unseres Verbandes. Diesen Einfluß weiter zu stärken, wird die Aufgabe des Verbandstages sein.

Leipart verweist auf die demnächst stattfindende Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes, auf dessen Tagesordnung die bevorstehende Tarifbewegung mit an erster Stelle steht, und schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß jeder Delegierte zum guten Gelingen des Verbandstages beitragen möge.

Nachdem der dem Redner gezollte Beifall verklungen, erfolgt die Konstituierung des Verbandstages. Zu Vorsitzenden werden Leipart und Lauter in Dresden gewählt. Die Wahl der Schriftführer fällt auf die Kollegen Bernau-Bromberg, Palm-Berlin, Gerhardt-Teich, Sölscher-Begeßad, Wendt-Köln und Pänzer-Payreuth. Mit der anschließenden Wahl der Mandatsprüfungskommission ist der geschäftliche Teil der Eröffnungssitzung erledigt und es wird mit der Abwicklung des künstlerischen Programms fortgesetzt.

Soziales.

Reichstagsjährling.

Aus dem Reichstag wird uns gemeldet: k. Am 20. Mai ist der Reichstag nach Hause geschickt worden. Nicht „vertagt“ hat ihn die Regierung, wie der Reichstag selbst es wünschte, sondern geschlossen wurde die Session. Die Regierung hat damit Rache genommen für die mancherlei Unfreundlichkeiten, die ihr vom Reichstag zugefügt wurden. Nicht nur die Freifahrt auf den deutschen Eisenbahnen wird den Abgeordneten durch den Sessionsschluß entzogen, sondern — was das wichtigere ist — eine Fülle von Arbeit, die während der 2 1/2 Jahre dauernden Session begonnen, aber nicht zum Abschluß gebracht wurde, fällt in den Papierkorb. Alle Eingaben, Anträge, Denkschriften, Gesetzentwürfe, Kommissionsberichte, die nicht vom Reichstag erledigt wurden, sind durch den Sessionsschluß abgetan. Die nächste Session, deren Beginn im November zu erwarten ist, fängt an wie ein neuer Wähler Reichstag; es wird ein neues Präsidium gewählt und nur die Beratungsstoffe können in Arbeit genommen werden, die neu vorgelegt werden. Es fehlt zwar an jeder inneren Begründung für eine derartige Unterbrechung und Störung der Arbeiten eines auf fünf Jahre gewählten Reichstags, aber der Regierung dient die verfassungsrechtliche Freiheit, die Session zu schließen oder zu vertagen, als Mittel, den Reichstag zu belohnen für ein braves, zu bestrafen für ein störriges Verhalten.

So sehr unglücklich war nun aber der Reichstag nicht einmal. Wenn er wollte, könnte er der Regierung weit un-bequemer werden. Er könnte die Verfassung dahin ändern, daß es keinen Sessionsschluß mitten in der Legislaturperiode mehr gäbe und daß die Regierung an die Beschlüsse des Reichstags gebunden wäre. Dazu wäre freilich die Zustimmung des Bundesrats notwendig, die aber nicht dauernd verweigert werden könnte, wenn der Reichstag geschlossen und fest bliebe. Daran denkt aber im Ernst keine bürgerliche Partei. Eine wie die andere lassen sie sich die Demütigung durch die Regierungsbürokratie ruhig gefallen. Höchstens in Spezialfragen zweiter oder dritter Ordnung erlauben sie sich einmal Widerspruch. Das war der Fall gegenüber der Zumutung, nachträglich die Kosten für die ungenehmigt erbaute prunkvolle Villa des Chefs des Militärkabinetts zu bewilligen. Mit Mehrheit wurde das in zweiter und dritter Lesung abgelehnt, obgleich die Konservativen und die Nationalliberalen zum Unfall bereit waren. Der halbfertige Neubau in der Berliner Viktoriastraße hat also einstweilen in dem seltsamen Zustand zu verharren, in dem er sich seit längerer Zeit befindet. Auch die Presseabteilung, die der neue Kriegsminister in seiner Verwaltung mit aktiven Offizieren an der Spitze einrichten wollte, wurde ihm gestrichen. Wider-spensig zeigte sich der Reichstag ferner in der Frage der Aenderung des Besoldungsgesetzes. Die Konservativen, die Nationalliberalen und die Fortschrittler waren zwar bereit, sich dem „Unannehmbar“ zu fügen, das von der Regierung der in zweiter Lesung einstimmig beschlossenen Ausdehnung der Gehaltserhöhung auf einige weitere Unterbeamtengruppen entgegengesetzt wurde. Die Sozialdemokratie und das Zentrum hielten aber daran fest, daß die einbezogenen Gruppen miterücksichtigt werden mußten. Da der Reichsschahsekretär keinen Zweifel darüber ließ, daß der Bundesrat der vom Reichstag erweiterten Vorlage nicht zustimmen, also selbst den Landbriefträgern die vorgelegene kleine Aufbesserung vorenthalten werde, zeigte die Sozialdemokratie schließlich noch einen gangbaren Weg, um den Landbriefträgern die Besserstellung zu sichern. Die Sozialdemokratie beantragte, in den Etat Zulagen für die Landbriefträger in der Höhe der geplanten Aufbesserung einzustellen, die weggelassen sollten, wenn später das Besoldungsgesetz eine entsprechende Aenderung erfahren würde. Im Falle der Annahme dieses Antrages hätte der Bundesrat nur durch Ablehnung des ganzen Etats die Verwirklichung desselben verhindern können. Der Reichstag hätte also die

Regierung einigermaßen in seiner Gewalt gehabt. Doch hier zeigte sich schon wieder die Schwachmütigkeit der bürgerlichen Parteien. Es war das Gerücht verbreitet worden, im Falle der Annahme des sozialdemokratischen Antrags werde die Regierung den Etat ablehnen und den Reichstag auflösen. Jeder Partei, die den Kampf für die Rechte des Reichstags aufzunehmen entschlossen ist, hätte die burleske Situation, daß ein Wahlkampf heraufbeschworen wurde, weil die Regierung an einer Hundertmarkzulage für die Landbriefträger Anstoß nimmt, nur willkommen sein müssen. Das hätte eine Niederlage der Regierung werden können, wie sie sich keine zweite gewünscht haben würde. Aber die bürgerlichen Parteien zogen sämtlich vor, diesem „Unannehmbar“ der Regierung sich wieder zu unterwerfen. Der sozialdemokratische Antrag zugunsten der Landbriefträger wurde abgelehnt.

Entgegenkommen bewiesen die bürgerlichen Parteien der Regierung ferner bei Beratung der Vorlage auf Venderung des Militärstrafgesetzbuches. Im vorigen Jahre war anlässlich des Erfurter Schreckensurteils gegen einige Reservisten auf wuchtigen Drängen der Sozialdemokratie eine Herabsetzung der Mindeststrafen für gewisse am Kontrollversammlungstag begangene Ausschreitungen beschlossen worden. Jetzt sah sich die Militärverwaltung selbst veranlaßt, die Milderung einiger weiterer Strafbestimmungen vorzuschlagen, damit dieselben wieder ins richtige Verhältnis zu der Venderung vom Vorjahre gesetzt würden. Die Kommission des Reichstags ergriß die Gelegenheit, einige Schritte weiterzugehen und z. B. die barbarische Strafe des strengen Arrests zwar nicht ganz abzuschaffen, wie die Sozialdemokratie wollte, aber immerhin bei einigen Arten von Vergehen auszuschalten. Für den Kriegsminister waren diese Verbesserungen wieder „unannehmbar“. Und die bürgerlichen Parteien fügten sich. So mußte sich auch die Sozialdemokratie abfinden mit den sehr bescheidenen Milderungen, die die Regierung gnädigst zu bieten geruhete.

An Theaterdonner haben es die bürgerlichen Parteien auch bei anderen Gelegenheiten nicht fehlen lassen. So bei den Debatten über den Militärakt, deren erster Teil in unserer vorigen Reichstagsübersicht schon erwähnt wurde. Die zeternten die Redner des Zentrums und des Fortschritts über die machtvolle Stellung, die das nur dem Kaiser verantwortliche Militärkabinet erlangt habe, ohne auf verfassungsmäßiger Grundlage zu beruhen. Als dringend wurde eine Prüfung der Rechtsgrundlage dieser Behörde, die oft schon den Reichstagsüberblick schon erwähnt wurde. Die zeternten die Redner des Zentrums und des Fortschritts über die machtvolle Stellung, die das nur dem Kaiser verantwortliche Militärkabinet erlangt habe, ohne auf verfassungsmäßiger Grundlage zu beruhen. Als dringend wurde eine Prüfung der Rechtsgrundlage dieser Behörde, die oft schon den Reichstagsüberblick schon erwähnt wurde.

Mit dem Vorschlag, die schwarzen Bewohner der Stadt Quala in Kamerun zu enteignen und auf ein weiter zurückliegendes Gebiet zu verdrängen, damit an der Küste eine Europäerstadt mit großen Hafenanlagen errichtet werden kann, fand die Regierung Zustimmung bei allen bürgerlichen Parteien. Die sozialdemokratischen Redner bekämpften diese Enteignung eines ganzen Volkes zugunsten einzelner aufs schärfste, fügten aber bei, die künftige Enteignung weniger Besitzender zugunsten der breiten Massen werde sich auf das jetzige Vorgehen der Regierung berufen können.

Von geringer Bedeutung war die Debatte über die auswärtige Politik Deutschlands, die an den Etat des Auswärtigen Amtes anknüpfte. Die caletigte Rede des Staatssekretärs v. Jagow erging sich in Allgemeinheiten. Die Ausführungen der meisten bürgerlichen Redner liefen auf die Mahnung hinaus, die Interessen der deutschen Kapitalisten im Ausland auf sorgfältigste zu wahren. Der sozialdemokratische Redner forderte dagegen Sicherung des Friedens durch aufrichtiger Freundschaftsbeziehungen zu den Nachbarländern. Eine scharfe Klänge führte der Abg. Scheidemann namens der Sozialdemokratie beim Etat des Reichskanzlers, der in Abwesenheit des durch einen Trauerfall ferngehaltenen Kanzlers vom Staatssekretär des Innern vertreten wurde. Neben den politischen Fragen, wie namentlich der verhinderten preussischen Wahlreform, rückte Scheidemann die vollständige Stodung der Sozialreform, den Kampf der Polizei und Gericht gegen die Arbeiterjugend und die Gewerkschaften und die hinter den Kulissen betriebene Agitation des Staatssekretärs Delbrück gegen die „Volksfürsorge“ in den Vordergrund. Delbrück mußte diese geheimen Freibererien zugeben. Die bürgerlichen Parteien schwiegen schmunzelnd dazu.

Das sind nur die wichtigsten Fragen, die in dem parlamentarischen Hochbetrieb der letzten 14 Tage behandelt wurden. An der nötigen scharfen Kritik haben es die Vertreter der Arbeiter nicht fehlen lassen. Die greifbarsten Greifbäume sind aber bescheiden. Zu den oben genannten Greifbäumen noch eine kleine Verbesserung der Augen- und Gehörsehensordnung und das Gesetz über die Förderung des Baues von Kleinwohnungen, das sich indessen nur auf

Reichs- und Militärbedienstete bezieht. Das Gesetz über die Konkurrenzklause wurde unter Ablehnung aller Verbesserungsanträge in dritter Lesung angenommen. Groß ist die Zahl der unerledigten Vorlagen. Wir nennen nur das Sonntagserruhegesetz, das Petroleummonopol, das Rennwettgesetz, das Initiativgesetz über das Submissionswesen, das Gesetz über das gerichtliche Verfahren gegen Jugendliche. Ob und wann diese Vorlagen wieder auferstehen werden, ist schwer vorauszusagen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Rudolstadt wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. Juni 90 Ps. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 22. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 58542 Kaver Schaupt, Tschl., geb. 3. 12. 77 zu Kirchberg.
- 151791 Aug. Wedemayer, Modellt., 11. 7. 72 zu Königberg.
- 166887 Franz Hannig, Drechsl., geb. 1. 9. 76 zu Breslau.
- 327937 Wihl. Weppler, Ristenm., geb. 14. 6. 84 zu Hesseim.
- 371795 Gustav Wängler, Tschl., geb. 14. 6. 84 zu Eibied.
- 408234 Franz Obermeier, Tschl., geb. 28. 10. 88 zu Schleißheim.
- 423310 Kaver Huber, Tschl., geb. 26. 8. 88 zu Pfatten.
- 462817 Adolf Wilmel, Tschl., geb. 7. 11. 75 zu Oröningen.
- 484378 Ludwig Jordan, Modellt., geb. 2. 85 zu Faulhöden.
- 527436 Joh. v. d. Linden, Tschl., geb. 25. 3. 85 zu Nachen.
- 562883 Wihl. Schmidt, Drechsl., geb. 4. 11. 82 zu Bartenhagen.
- 578071 Robert Behrens, Tschl., geb. 4. 9. 93 zu Schwardau.
- 584734 Walter Fride, Tschl., geb. 5. 6. 94 zu Wagdeburg.
- 618685 Josef Reichelbad, Tschl., geb. 15. 3. 95 zu Lembach.
- 625158 Th. Heilwagen, Tischl.-Arb., geb. 4. 1. 89 zu Kreisburg.
- 633097 Wilhelm Haas, Tschl., geb. 4. 5. 94 zu Cannstadt.
- 638797 Ludwig König, Pol., geb. 30. 6. 89 zu Fürth.
- 667947 Felix Markowst, Bürtlenm., geb. 21. 12. 83 zu Egelu.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Agitation unter den Stod-, Kamm- und Schirmmachern.

Meine Tour erstreckte sich über Sachsen, Bayern, Thüringen und einen Teil von Preußen. In Dresden hätte der Besuch besser sein können. Anwesend waren Kollegen aller drei Branchen. Gut organisiert sind die Stod- und Kammacher. In Grimma kommen nur Stodarbeiter in Frage. Die Versammlung war gut besucht. Im Betriebe wird viel Ueberstunden- und Sonntagsarbeit geleistet. In Leipzig sind von 180 Kollegen (80 organisiert) nur 35 erschienen. Die Kammacherei geht ständig zurück, eine Verbindung mit den wenigen Kollegen fehlt leider. Die Schirmmähner haben sehr unter der Konkurrenz der Beamtenfrauen zu leiden, während sich die Schirmmähner als „Geschäftsangestellte“ ausgeben. Nur von den Stodararbeitern, hauptsächlich auf Zellulosegriffe, sind eine größere Anzahl organisiert. Die Kollegen klagen über den Fabrikarbeiter-Verband, der trotz Kartellvertrag in Stodbetrieben agitiert. Unangenehm enttäuscht wurde ich in Martrastadt, wo zwei Kammbetriebe in Frage kommen. Die Versammlung war sehr gut besucht, wohl eine Folge einer kürzlich mit Erfolg ausgefochtenen Differenz in einem Betriebe. Off Kollegen gehören hier noch dem Fabrikarbeiter-Verband an. In Chemnitz arbeiten 20 Schirmmähler und 150 bis 200 Mähnerinnen. Die Versammlung war schlecht besucht, weil die Kollegen und speziell die Kolleginnen viel zu ängstlich sind. Am Orte besteht ein „Berein Chemnitzer Schirmmähler“, der 17 Mitglieder zählt; angeblich soll dies ein Vergnügungsberein sein. Die Verwaltung hat erst kurz vorher eine Hausagitation vorgenommen und Mitglieder gewonnen. Die Stodarbeiter in Bannreuth haben sehr unter der Gefängnisarbeit zu leiden; Eingaben an die beteiligten Ministerien hatten keinen Erfolg. Die Bieger (Betriebsarbeiter) sind gut organisiert. Die ganze übrige Arbeit (Sonfin) wird von Heimarbeitern bei ihrem Wechsel hergestellt. Dadurch kann der Fabrikant „seine Preise“ bezahlen. Die Versammlung war mäßig besucht.

Eine sehr gute Versammlung hatte ich in Nürnberg bei den Kammachern. In der sehr anregenden Diskussion beklagten sich die Kollegen über die große Konkurrenz aus Opponanz (Schwabenland). Mit dem Kartellvertrag mit den Fabrikarbeitern sind sie nicht einverstanden. Nach Weibernburg i. B. hat die Firma Dedeler-Ansbach einen Teil ihres Betriebes verlegt. An Orte besteht noch eine Fabrik, wo alle bis auf eine Arbeiterin organisiert sind. Von diesem Betrieb waren auch fast alle Kolleginnen und Kollegen erschienen, von Dedeler nur einige. In der Diskussion hob ein älterer Kollege den Wert der Organisation hervor und währerte die lange Arbeitszeit und niedrigen Löhne von früher. Dedeler bezahlt in Weibernburg zwei Drittel weniger wie in Ansbach. Es liegt sehr an der Zersplitterung der Organisation (Fabrikarbeiter-Verband), wenn es nicht vorwärts geht. In München sprach ich vor 17 Schirmmachern und -mähnerinnen; beschäftigt sind 67. Die Sektionsleitung ist äußerst tüchtig; Hausagitation wird fast ständig betrieben. Die Kollegen haben noch unter dem verlorenen Kampf bei Bedarf zu leiden. Die Verhältnisse sind recht traurig. In Ansbach kommt nur der Betrieb von Dedeler in Frage. Von 208 Beschäftigten gehören 108 dem Fabrikarbeiter-Verband und 27 dem Holzarbeiter-Verband an; anwesend waren 40 Kollegen. Die Verlegung nach Weibernburg macht sich bemerkbar: etwa 25 Kollegen wurden gefährdet. Besonders harte Kämpfe haben die Kollegen mit den Fabrikarbeitern, die sich grundlos weigern überzutreten, wahrscheinlich, weil die Beiträge bei den Holzarbeitern höhere sind. Dringend nötig wäre die Einigkeit, da noch vieles ausbesserungsbedürftig ist. In Erlangen war die Hälfte der Kollegen erschienen. Die Organisation am Orte ist gut. Die Kollegen wünschen un-

bedingt den Ausbau der Tarife und Austausch von Ort zu Ort. In Nürnberg sprach ich noch einmal, aber jetzt bei den früher nicht erschienenen Stodararbeitern. Die Versammlung war gut besucht; es herrschte auch ein großes Organisationsinteresse, was die Diskussion bewies. Die Kollegen haben einen langwierigen, mit vollem Erfolg beendeten Kampf hinter sich. Sie klagen über große Konkurrenz, speziell von Lorch.

In Urnstadt i. Th. sind die Kammacher gut organisiert. Die Versammlung war schön besucht, auch einige Tischlerkollegen waren anwesend. Am Orte herrschen mittelmäßige Verhältnisse. Die Leitung der Organisation liegt in guten Händen. Die Kollegen müssen sich das Scheitern während der Pausen abgewöhnen, da diese zum Ausruhen da sind. Arg enttäuscht wurde ich in Schwwege. Von 126 Beschäftigten (68 organisiert) waren nur 26 erschienen. Eine unergreifliche Käufigkeit besitzen die Kollegen, trotzdem die Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr im argen liegen. Zur Abwechslung war die Stodarbeiter-Versammlung in Cassel-Bettenhausen sehr gut besucht. Wer hätte dies vor einigen Jahren auch nur gedacht! Die Vorteile der Organisation haben die Kollegen schon zu kosten bekommen; wenn auch nicht gleich alle Forderungen bewilligt wurden, so kann das Versäumte nachgeholt werden, wenn der Verband gestärkt und ausgebaut wird. Auch in Würzel i. Th. hatte ich eine große, gut besuchte Versammlung. In diesem reinen Stodarbernebst herrscht eine strenge Organisation. Die Kollegen sind sich des Wertes der Gewerkschaft voll bewußt. Das zeigte die Diskussion. Eine derartige, sachliche, von persönlichen freier Absprache diene allerorts zur Nachahmung. In Naumburg erschienen von 390 Kammachern nur etwa 20. Große Schuld trägt neben dem Indifferentismus der Kollegen, die Organisationszersplitterung. Tropdem der Fabrikarbeiter-Verband vorher rechtzeitig von unserer Versammlung Kenntnis erhielt, ließ er an dem betreffenden Abend einen Vortrag für seine Organisation ankündigen, der merkwürdigerweise kurz vor Beginn abgesagt wurde. Diese Querschnitte sind beschämend. Höchste Zeit ist es, daß die Vorstände eingreifen, wenn nicht unsere Kollegen zeitlebens unter den traurigen Verhältnissen am Orte hinvegetieren sollen. Nur eine einige Organisation kann hier helfen. In Weisen i. Sa. haben die Kollegen eine glückliche Lohnbewegung hinter sich, was sie veranlaßt, statt in die Verbannung, in eine Privatfestlichkeit zu gehen. Von 85 Organisierten waren 25 anwesend. In Breslau sprach ich in einer verhältnismäßig gut besuchten Versammlung der Schirmmähler und -mähnerinnen. Der Geist der Kollegen und Kolleginnen ist ein ausgezeichneter. In einer Fabrik ist es kraft der guten Organisation geglückt, insolge einer Lohnbewegung annehmbare Vorteile herauszuholen. Das hat die Kollegenschaft angepowert, es ihren Arbeitsbrüdern gleichzutun.

Alles in allem kann man mit dieser Agitationstour zufrieden sein. In fast allen Versammlungen wurden Aufnahmen gemacht; dies war doch der Hauptzweck. Großen Wert legte ich jedoch darauf, den Kollegen, hauptsächlich den Sektionsleitungen, neue Fingerzeige zu geben, wie sie in der nächsten Zeit die Werbeit zu betreiben haben. Die Stodarbeiter aus allen Orten sind mit einer Konferenz einverstanden, ebenso die Schirmmähler; beide Branchen wünschen eine baldige Einberufung. Die Kammacher sind von ihrer Berliner Branchenkonferenz überall sehr befriedigt und nützen das hierbei gewonnene Material in der Agitation gründlich aus. Schwer haben sie verschiedentlich noch um die Einheitsorganisation zu kämpfen. Troddem muß konstatiert werden, daß im allen Orten zusehends Fortschritte zu verzeichnen sind. Selbstverständlich ist dies viel zu wenig. Die Agitation darf nicht erlahmen. Immer wieder muß vornehmlich durch Hausagitation versucht werden, Mitglieder zu gewinnen, sie dann zu schulen und zu überzeugen. Kollegen und Kolleginnen zu erziehen. Der Kontakt mit der Zentralkommission, deren gute Funktion überall anerkannt wurde, muß aufrecht erhalten und gepflegt werden. Die „Holzarbeiter-Zeitung“, als Publikationsorgan aller Branchen des Verbandes, ist viel mehr als bisher mit Berichten aus allen Orten zu bescheiden. Tarife, Verträge und dergleichen sind zur Sichtung und Berichtigstellung nach Berlin zu senden, damit sie jederzeit den Vertrauensleuten ganz Deutschlands zur Verfügung gestellt werden können. So müssen die Kollegen in Zukunft arbeiten, die Organisation zu stärken versuchen und in regelmäßigen Versammlungen die Mitglieder bilden, damit bei kommenden Differenzen unsere Kollegen und Kolleginnen aus der Stod-, Schirm- und Kammbranche als Sieger aus dem Kampf ums Recht hervorgehen können.

M. König-Berlin.

Korrespondenzen.

Berlin. (Bergoldern.) In der am 18. Mai abgehaltenen Branchenversammlung wurde über die Firma August Berkmeister lebhaft Beschwerde geführt. Die Akkordpreise sind dort tatsächlich niedriger als bei den Zwischenmeistern. Besonders anormal sind die Preise für Bronzeleisten. Berkmeister zahlt beispielsweise für 100 Meter gerade soviel wie eine anständige Firma für 100 Fuß. Der Unwille der Versammlung steigerte sich soweit, daß die Branchenleitung alles aufwenden mußte, um die Kollegen vom Tarifbruch zurückzuhalten. Beim nächsten Vertragsabschluss soll jedoch dafür gesorgt werden, daß auch bei der Firma Aug. Berkmeister zeitgemäße Akkordpreise gezahlt werden. Der Verband der Goldbleistiftfabrikanten Deutschlands soll uns als guten Genossen auf dem Plan finden, um mit ihm die Schmutz- und Schleuderkonkurrenz zu beseitigen. Die diesjährige Maifeier hat stark unter der wirtschaftlichen Krise gelitten; die großen Betriebe feierten, wie üblich, geschlossen.

Hilberach. Zu der Notiz in Nr. 18, wonach der Bürstenfabrikant K. Müller einem in der Fortbewegung beschränkten Arbeiter gedroht habe, ihn die Treppe herabzuwerfen, wird jetzt mitgeteilt, daß diese Behauptung auf irrtümlicher Information beruhe und sich nicht aufrecht erhalten lasse.

Sterford. Ueber einen „sozialdemokratischen Streikbruch“ berichtet das Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes von hier. Danach soll der Leiter des patriotischen Arbeitsnachweises, Kollege Stufe, noch der

Firma Becher in Exter einen Tischler vermittelt haben, während die Christlichen sich dort im Streik befanden. Unsere sofortigen Ermittlungen führten zu folgendem Ergebnis: Der unorganisierte Tischler O. kam am 5. Mai nach dem Arbeitsnachweis und teilte mit, daß er Arbeit habe und er somit in der Liste der Arbeitsuchenden gestrichen werden könne. Auf Befragen erklärte er dann, bei der Firma Becher Arbeit erhalten zu haben, worauf ihn unser Arbeitsnachweisleiter ermahnte, doch dort nicht anzufangen, weil die Tischler und Maschinenarbeiter im Streik stünden. Von O. und von mehreren Arbeitslosen wurde aber behauptet, daß der Streik beendet sei. Dem O. wurde das Anfangen in Exter ausdrücklich nur unter dem Vorbehalt zugestanden, daß der Streik tatsächlich beendet sei. Der Bezirksleiter des christlichen Verbandes, Staats, hat übrigens unserem Kollegen Niemeier nachher zugegeben, daß der Streik beendet gewesen sei, als O. angefangen habe, aber er wollte der Firma die Arbeiter noch fernhalten, weil zwei Kollegen ihres Verbandes gemahnt worden wären. Wenn weiter behauptet wird, der O. sei Mitglied unseres Verbandes, so weiß der Artikelschreiber genau, daß das nicht wahr ist. O. ist seit August 1913 nicht mehr organisiert. Unwahr ist ferner, daß aus Pivitsheide ein Mitglied unseres Verbandes arbeitswillig geworden sei. Es hat niemals ein Mitglied von unserem Verband aus Pivitsheide bei Becher in Exter angefangen. Von dem „einwandfrei“ festgestellten organisierten Streikbruch bleibt somit nichts übrig. Die Schlussfolgerung der Rotz, man habe dem christlichen Verband eine Niederlage beibringen wollen, fällt damit in sich zusammen. Diese Niederlagen befragen die Christen sich selber, da braucht nicht viel mitgeholfen zu werden. Weil es bei den hiesigen Christen nicht vorwärts geht, versuchen sie es mit dem Schwindel. Diese Streikbeschönigung soll nur den eigenen Zusammenbruch in Exter verdecken.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 16. Mai, bis Freitag, den 22. Mai 1914.

Table with 4 columns: Branchen, In d. Woche befreite Arbeitsstellen, Am Wochenschluß vorhandene offene Arbeitsstellen, gemeldete Arbeitslose. Rows include: Bautischler inkl. Anschläger, Möbelschleifer, Maschinenarbeiter, Polierer inkl. Beizer, Drechsler, Sonstige Branchen, Zusammen.

Köln. In der am 12. Mai stattgefundenen Versammlung der Stöckmacher wurde zu der angeregten Branchenkonferenz Stellung genommen. Sämtliche Redner sprachen sich für die Abhaltung einer Konferenz aus, da seit 1907 keine solche stattgefunden habe und die Verhältnisse in der Branche sich seitdem bedeutend geändert haben. Einige Redner hatten Bedenken, die Schirmmacherskonferenz zu gleicher Zeit abzuhalten. Die Versammlung gab einer Kommission den Auftrag, Vorschläge für die Tagesordnung der Konferenz zu machen. Diese Kommission hat nun folgende Punkte aufgestellt: 1. Die Zentralkommission und ihre Rechte. (Die Kommission hielt deren Rechte zu beschränkt, um Beschlüsse der Konferenz zu verwirklichen.) 2. Der Zentralarbeitsnachweis. (Da dieser für die Stöckmacher von Bedeutung ist, aber nicht richtig funktioniert.) 3. Abschaffung der Akkordarbeit. Mit der Abschaffung der Akkordlohnung hofft man zugleich vielen Differenzen mit den Arbeitgeber während der Vertragsperiode aus dem Wege zu gehen.

Marktneukirchen. In einer öffentlichen Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter sprach Kollege Anton Raith aus München über die Geigenindustrie von Wittenwald. Wir hatten angenommen, daß die hiesigen Geigenmacher für dieses Thema das allergrößte Interesse haben müßten, weil man fortgesetzt über die Konkurrenz der Wittenwälder zehret. Aber weit gefehlt, die Versammlung war nur mäßig besucht. Nach den Ausführungen des Redners vollzieht sich die dortige Produktion mit den rückständigsten Mitteln, während in Marktneukirchen große technische Fortschritte zu verzeichnen sind. Nur in einer Beziehung gleichen sich die beiden Orte vollständig insofern, als eine Hand voll Verleger es verstanden haben, die ganze Produktion samt den darin beschäftigten Arbeitern fast ausnahmslos von sich abhängig zu machen. Dadurch haben die Verleger und Fabrikanten riesenhafte Gewinne erzielen können. Das kommt ganz besonders bei uns in Marktneukirchen zum Ausdruck. Einzelne Willen dieser Herren stellen wahre Frankenschlöffer dar. Betrachtet man dagegen die Gärten und Wohnungen der Heimarbeiter, so fällt der Kontrast zwischen Kapital und Arbeit ganz unwillkürlich ins Auge. Der übergroße Teil der hiesigen Arbeiter scheint sich mit seinem Schicksal abgefunden zu haben. Oft genug hört man die Redensart, daß es immer so gewesen sei und auch in Zukunft so bleiben werde. Selbstbewußtsein und Solidarität sind wenig verkündende Begriffe. In Militär- und Vergnügungsvereinen sind die Arbeiter zu finden. Bei solchen Gelegenheiten kommt es vor, daß ihnen einer dieser reichen Herren die Hand drückt, ein Borgang, an den sie lange mit Wonne denken. Hier und da macht man wohl auch einmal durch böse Schimpferei über die schlechten Verhältnisse seinem bedrängten Herzen Luft; aber dabei hat es auch kein Verwenden. Die richtige Konsequenz zu ziehen, sich der Organisation anzuschließen, um dadurch eine Verbesserung ihrer Lage herbeiführen zu können, das haben die hiesigen Arbeiter noch nicht als notwendig erachtet. Trotzdem müssen unsere organisierten Kollegen auch in diesen Kreisen Aufklärungsarbeit leisten, um sie letzten Endes doch den Verbänden zuzuführen.

Jütta. Die am 1. März fällig gewesene Lohnerhöhung von 2 Pf. scheint den hiesigen Unternehmern schwer in Magen zu liegen, weshalb sie doch alle Mittel, um sich um die vertraglichen Bestimmungen herumzudrücken. Die ersten Verkäufe sind durch die Kollegen zurückgewiesen worden. Nun versuchen die Meister dasselbe zu erreichen, indem sie die Kollegen entlassen und ihnen auf der nächsten Stelle

dann einige Pfennige weniger Lohn bieten. In letzter Zeit werden auch in verschiedenen Zeitungen „tätige Tischler“ nach hier gesucht. Wenn sich dann solche melden, so erklärt der Unternehmer, nicht mehr als höchstens 40 Pf. bezahlen zu können. Der vertragliche Normallohn beträgt aber 49 Pf. Den Kollegen ist zu raten, bevor sie auf ein derartiges Inserat nach Jütta kommen, sich erst bei der Verwaltung zu erkundigen, ob etwa ihre Veranziehung nur dem Lohnbruch dienen oder ob wirklich Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist.

Unsere Lohnbewegung.

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten am 1. Juni d. J. nachfolgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein. In einigen Fällen gilt nicht der 1. Juni, sondern das besonders vermerkte Datum für das Inkrafttreten der Verbesserungen.
Erklärung der Abkürzungen: Fa. = Firma. Arbzt. = wöchentliche Arbeitszeit. Lohnerh. = Aufschlag auf die bisher bezahlten Stundenlöhne. Mindestl. = Mindeststundenlöhne. Durchschn. = Durchschnittsstundenlöhne. Normall. = Normalstundenlöhne. Akkordt. = Akkordtarife.
Amorbach und Wörth (Fa. Fuchs): Lohnerh. 1 Pf. Akkordpreise werden entsprechend erhöht. Mindestlöhne steigen um 1 Pf. pro Stunde.
Badnang: Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 40 auf 41 Pf.
Daugen (Wagenfabrik Rowad): Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. steigen um 1 Pf.
Bernburg: Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 45 auf 47 Pf. Inkrafttreten der tariflichen Vereinbarungen betr. Montageschläge.
Bierthelm (Fa. Bed): Mindestl. von 44 auf 45 Pf.
Dreimen (Korbmacher): Lohnerh. 2 Pf. Stundenlohn von 50 auf 52 Pf.
Dunzlau (Firmen Stein und Horn): Mindestl. von 35 auf 37 Pf. Erhöhung des Wochenlohnes um 1 Mk. bei der Fa. Horn. Akkordt. um 5 Prozent erhöht.
Chemnitz (Fa. Dietrich u. Panat, Turngerätefabrik): Am 15. Juni Lohnerh. 1 Pf.
Dören: Arbzt. von 59 auf 58 Stunden. Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 48 auf 50 Pf. Akkordt. werden sinngemäß erhöht.
Erlangen (Fa. Reiniger, Gebbert und Schall): Arbzt. von 53 auf 52 Stunden. Lohnerh. 1 Pf.
Guliba: Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. werden um 1 Pf. und Akkordpreise sinngemäß erhöht.
Herford: Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 50 auf 51 Pf. für Maschinenarbeiter und Pader von 43 auf 44 Pf. Die Akkordpreise werden sinngemäß erhöht.
(Fa. König u. Böschke): Arbzt. von 55½ auf 54 Stunden. Lohnerh. 10 Pf. pro Tag. Akkordt. wird um 1½ Prozent erhöht.
Hertsdorf (Fa. Keil, Aunetendorf): Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 30 auf 31 Pf., für Hilfsarbeiter von 28 auf 29 Pf. Akkordt. werden um 5 Prozent erhöht.
Johannisburg i. Ostpr.: Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 38 auf 39 Pf.
Königsberg i. Pr. (Groß Lindenau): Arbzt. von 57 auf 56½ Stunden. Stundenl. von 44 auf 46 Pf. Akkordt. 6 Prozent.
Magdeburg (Fa. Bischoff, Wagenfabrik): Lohnerh. 2 Pf. Mindesteinsteinstellungen werden um 2 Pf. erhöht.
Mittweida (Tischler): Arbzt. von 56½ auf 56 Stunden. Lohnerh. 1 Pf. Normall. von 41 auf 42 Pf.
München (Drechsler): Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 53 auf 55 Pf.
Nürnberg (Möbelschleifer): Am 15. Juni Arbzt. von 54 auf 53 Stunden. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 58 auf 60 Pf.
Rastenburg i. Ostpr.: Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 36 auf 37 Pf.
Reichenbach i. Vogtl.: Lohnerh. 1 Pf.
Reichlingen: Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 41 auf 42 Pf.
(Möbelfabrik Brudershaus): Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 42 auf 43 Pf. Akkordpreise werden sinngemäß erhöht.
Rostock (Stellmacher): Arbzt. von 63 auf 59 Stunden. Lohnerh. 4 Pf. Mindestl. steigt auf 40 Pf., für Arbeiter im ersten Jahre nach der Lehrzeit auf 37 Pf.
Roth: Arbzt. von 58½ auf 57½ Stunden. Lohnerh. 1 Pf.
St. Ludwig i. G.: Lohnerh. 2 Pf.
Schorndorf (Fa. Keller): Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 46 auf 47 Pf.
Striegau: Arbzt. von 57 auf 56 Stunden. Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 39 auf 40 Pf. Erhöhung der tariflichen Akkordpreise.
Verden (Firmen W. Schmidt und O. Bernstorff): Arbzt. von 57 auf 55½ Stunden mit Lohnausgleich.
In Berlin befinden sich die Bergolder bei der Firma Marken im Abwehrstreik. Trotzdem wir mit der Firma einen Vertrag haben, versuchte sie ganz erhebliche Abzüge auf die bestehenden Akkordpreise zu machen. Alle Verhandlungen scheiterten. Man maßregelte sogar zwei Kollegen und stellte dafür, ohne Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises, einen nosorischen Streikbrecher ein. Im Betriebe arbeitet jetzt nur die berühmte Streikbrechergarde, welche die Firma Schierley beim letzten Streik ruiniert hat, und der junge Bergolder Hausler aus Stendal. Offenbar kann selbst Marken diese Willigen nicht gebrauchen, denn er versendet bereits Karten an unsere Kollegen, worin er ihnen gute und dauernde Arbeit verspricht.
In Bernau (Markt) sind in der Möbelfabrik Liebe Nachf. Inhaber Schlesinger u. Wollenberg, die Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter in den Streik getreten. Die Firma, die früher ihren Betrieb in Berlin hatte und in der Strafankast Blönsener arbeiten ließ, hat seit Jahresfrist in Bernau eine Möbelfabrik errichtet. Angefertigt werden Schlafzimmerschrankmöbel zu recht niedrigen Akkordpreisen. Einen neuen Tarif, der jetzt der Firma vorgelegt wurde, und der durch Vertrag auf mehrere Jahre festgelegt werden sollte, erkannte sie nicht an. Verhandlungen, die durch die Organisation mit den Inhabern der Firma geführt wurden, scheiterten gleichfalls. Am 18. Mai sind von 37 beschäftigten Arbeitern 24 in den Ausstand getreten.
In Bielefeld hat die Tarifbewegung im Tischlergewerbe zum Abschluß eines vierjährigen Vertrages mit dem

Rheinisch-Westfälischen Tischlerinnungs-Verbande geführt. Das Abkommen bedeutet für unsere Kollegen einen guten Erfolg, der aber nur dank der Einheitsorganisation erreicht wurde. Denn die Innungsmeister zeigten große Kampfeslust, und auch der Rheinisch-Westfälische Tischlerinnungs-Verband hatte umfassende Vorkehrungen für eine eventuelle Arbeitsentstellung getroffen; galt es doch, seine Hochburg zu verteidigen. In Bielefeld besteht nämlich neben der Innungsorganisation keine andere Unternehmerrganisation. Zum Glück war das gleiche Verhältnis auf seitens der Arbeiter. Die Bielefelder Holzarbeiter sind zu 90 Prozent im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisiert. Ihre Vertreter waren daher in der angenehmen Lage, alle notwendigen Maßnahmen gegen die Unternehmer vom Standpunkte der erprobten Strategie der freien Gewerkschaften und in vollem Einverständnis mit den Kollegen zu treffen. An materiellen Erfolgen bringt der Vertrag eine Arbeitszeitverkürzung von 54 auf 53 Stunden die Woche, eine Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde in den ersten beiden Vertragsjahren und sinngemäße Aufbesserung der Akkordpreise. An Zuschlägen sind vereinbart: 2 Pf. pro Stunde für die Arbeiten im Bau und, wo das Mittagessen nicht zu Hause eingenommen werden kann, 1 Mk. pro Tag. Erhöhung der Zulage für auswärtige Montage auf 3 Mk. für den Tag inklusive Sonn- und Feiertage. Für Ueberstunden 10 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 bzw. 100 Prozent. Neben der Regelung der übrigen Arbeitsbedingungen ist in dem Vertrage eine für die Arbeiter günstige Lohnnorm (Durchschnittslohn) vorgesehen. Der Durchschnittslohn beträgt auf Grund einer statistischen Erhebung nach der ersten Zulage 54 Pf., und steigt im Laufe der Vertragsperiode auf 58 Pf. Gemäß den Vertragsbestimmungen ist der Durchschnittslohn jedem Durchschnittsarbeiter zu zahlen. Das ist für die Arbeiter mancher Betriebe, wo der Lohn unter dem örtlichen Durchschnitt steht, sehr wichtig. Allerdings wird noch manche Meinungsverschiedenheit zwischen Meister und Gesellen und auch in der Schlichtungskommission ausgetragen sein. Was speziell für diesen Punkt, kann im allgemeinen von der Durchführung des Vertrages gesagt werden. Denn bekanntlich müssen viele Unternehmer erst daran gewöhnt werden, die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie eingegangen sind. Bleibt aber in Bielefeld der Deutsche Holzarbeiter-Verband für die Zukunft in seiner jetzigen dominierenden Stellung bestehen, so braucht keinen Augenblick ein Zweifel daran gesetzt zu werden, daß die Holzarbeiter auch voll und ganz in die Nutznießerung der ihnen verbrieften Zugeständnisse gelangen werden.

In Cottbus ist am 1. April der alte Tarifvertrag abgelaufen. Durch Verhandlungen kam jetzt ein neuer Vertrag zustande, der Geltung bis 1. April 1918 hat. Die Arbeitszeit sinkt während der Vertragszeit von 54 auf 53 Stunden. Die Löhne wurden um 7 Pf. erhöht.
In Goldap stehen die Tischler seit dem 12. Mai im Streik. Alle Versuche, auf friedlichem Wege eine Verständigung mit den Unternehmern zu erzielen, scheiterten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind sehr verbesserungsbedürftig und fast alle umliegenden Städte zahlen wesentlich höhere Löhne und Akkordpreise. Unsere Kollegen sind fest entschlossen, den ihnen aufgedrungenen Kampf zu Ende zu führen, und erwarten von allen Kollegen die strengste Solidarität. Es ist der erste Lohnkampf, der in Goldap geführt wird, und steht unseren Kollegen ein propäzisches Unternehmertum gegenüber.

In Insterburg ist der Tarifvertrag, welcher von den Arbeitgebern gekündigt wurde, nun durch einen neuen ersetzt worden. Der Vertrag gilt bis 31. März 1918. Die Arbeitszeit, welche bis jetzt 59 Stunden betrug, wird in den ersten drei Jahren um je eine Stunde verkürzt und beträgt vom 1. April 1916 ab 56 Stunden. Der Lohn erhöht sich in den vier Jahren um 8 Pf. die Stunde. Der neu ausgearbeitete Akkordtarif erhöht die Akkordlöhne vom 1. April 1916 bis zum Schluß des Vertrages um 10 Prozent. Wenn nun auch die Stellmacher am Orte dem Holzarbeiterverband so geschlossen beitreten würden, wie es die Tischler gemacht haben, dann könnte auch ihre traurige Lage verbessert werden. Nun wird aber die Zahlstelle jetzt derart von auswärtigen Kollegen überlaufen, wie es noch nie der Fall war. Statt daß sich die Kollegen bei der Lokalverwaltung melden, klappern sie zuerst die Duden ab. Dieses muß unter allen Umständen unterlassen werden, denn wir wollen doch nicht haben, daß unsere älteren Kollegen auf das Straßenpflaster geworfen werden, wie es leider schon vereinzelt der Fall ist.

In Lindau im Bodensee sind infolge ablehnenden Verhaltens der Schreinermeister die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages als gescheitert zu betrachten. Für sich alles — für die Gehilfen nichts, das ist die Devise der hiesigen Handwerker, die sich die Hüfte bei den Behörden wund laufen, um Arbeiten zu haben Preisen zu ergattern und um die auswärtigen Konkurrenten fernzuhalten. Beim Krankenhausneubau haben es die Schreinermeister durchgeföhrt, daß nur im Distrikt Lindau schaffte Meister die Arbeiten erhalten, um dem ortsanfässigen Gewerbe zu helfen, und es ihnen zu ermöglichen, außergewöhnlich hohe Preise festzusetzen; ihren anerkannt tüchtigen Gehilfen verweigern sie aber Zugeständnisse, die anderwärts längst tariflich vereinbart sind. Dabei ist Lindau ein Saisonort mit den höchsten Lebensmittelpreisen von ganz Süddeutschland, der bisher schon von Kollegen, die die Verhältnisse kennen, gemieden wurde. Den Schreinergehilfen wird es deshalb nicht schwer fallen, Lindau in der kommenden Zeit strenge zu meiden.

In Sorau ist am 1. April der mit der Tischlerinnung im Jahre 1910 abgeschlossene Tarifvertrag abgelaufen. Die Arbeitgeber sind inzwischen dem Arbeitgeber-Schutzverband beigetreten. Verhandlungen, die mit den Arbeitgebern geführt wurden, führten zu einer Verständigung. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, den im vorigen Jahre von Herrn v. Berlesch geföhnten Schiedspruch sich zu eigen zu machen. Der Vertrag hat nun Gültigkeit bis zum 15. Februar 1915, mit der Maßgabe, daß die Löhne sofort um 2 Pf. erhöht werden und die Lohnerhöhung auf die Akkordpreise sinngemäße Anwendung findet. Die Baugeschäfte am Orte unterwarfen sich gleichfalls diesem Schiedspruch; nur in dem Baugeschäft von Poentich mußten die dort beschäftigten acht Tischler zur Arbeitseinstellung kürten, um die Lohnerhöhung zur Anerkennung zu bringen. Nach ein-

wöchigem Streit wurden die Forderungen anerkannt und konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden.

In Straßburg dauert der Schreinerstreik noch fort. Die Meister haben sich eine Anzahl Streikbrecher von dem Agenten Welsche, Hamburg-Reiherstieg, besorgt. Diese Streikbrecher, lauter verkommene Subjekte, gaben sich auch als Spezialisten auf französische Stilmöbel aus...

Ausland.

In Braunau in Böhmen stehen die Vergolder in einer Lohnbewegung. Der Lohn ist in dem ostböhmischen Gebiete ein so niedriger, daß er bisher nur zur Fristung des nackten Lebens reichte.

In Wien ist ein neuer Tarifvertrag für die Branche der Stockdrechler zustande gekommen, der bis 1. Mai 1918 gilt. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher 51 Stunden die Woche.

Aus der Holzindustrie.

Die Arbeitsverhältnisse in den Drechslereien.

Das Drechslergewerbe hat in den letzten Jahrzehnten ganz erhebliche Wandlungen durchgemacht, Wandlungen, die in ihren Endergebnissen auf eine Verringerung der Beschäftigtenziffer hinauslaufen.

Wenn trotz dieser ungünstigen Entwicklung des Gesamtgewerbes die Arbeitsverhältnisse heute nicht nur nicht ungünstiger, sondern besser als ehemals sind, so ist das eine unbestreitbare Folge des Schutzes, den die Arbeiter des Drechslergewerbes als Teile der gesamten Holzindustrie genießen.

Der Verband hat zum Ausgang des Jahres 1912 eine Statistik über die Lage der Arbeiter im Drechslergewerbe

aufgenommen, deren Ergebnisse jetzt im Druck vorliegen. Diese Erhebung umfaßt nun allerdings nicht alle Drechler, sondern nur die Beschäftigten in reinen Drechslereibetrieben oder solchen, in denen die Drechlerei doch überwiegt.

Gegenüber jenen 1778 in Nicht-Drechslereibetrieben festgestellten Holzdrechslern erfaßte nun die vorliegende Erhebung von 1912 insgesamt 587 Drechslereibetriebe mit 5568 Beschäftigten.

Bei den insgesamt 5568 Beschäftigten dieser 587 Betriebe handelt es sich aber nur zur Hälfte um eigentliche Drechler. Als solche kommen nur 2568 Bollarbeiter und 357 Lehrlinge in Betracht.

Die Arbeitszeit in den hier erfaßten Drechslereibetrieben betrug im Gesamtdurchschnitt 58,3 Stunden die Woche, während das Tischlergewerbe nach der ein Jahr früher aufgenommenen Statistik bereits genau eine Stunde weniger aufwies.

Die Lohnform überwiegt bei den eigentlichen Drechslern der Akkord. In der Füllfederhalterbranche gibt es sogar fast nur Stücklohn, die Drechler auf Hefte und Griffe sowie auf Galanteriewaren arbeiten zu mehr als drei Viertel unter diesem System.

Der durchschnittliche Wochenverdienst betrug in den hier erfaßten Drechslereien für Drechler 26,39 Mk., die anderen Arbeiter 23,91 Mk., die Arbeiterinnen 11,09 Mk., die Jugendlichen 9,91 Mk.

Geben an sich diese statistischen Ergebnisse ein wenig erfreuliches Bild von der Lage der Drechslereiarbeiter, so ist trotzdem ein Fortschritt gegen früher nicht zu verkennen, der ja um so höher zu bewerten ist, weil er unter der denkbar ungünstigsten Entwicklung des Gewerbes erkämpft werden mußte.

Oben an sich diese statistischen Ergebnisse ein wenig erfreuliches Bild von der Lage der Drechslereiarbeiter, so ist trotzdem ein Fortschritt gegen früher nicht zu verkennen, der ja um so höher zu bewerten ist, weil er unter der denkbar ungünstigsten Entwicklung des Gewerbes erkämpft werden mußte.

in Stuhlfabriken 25,15 Mk. durchschnittlichen Wochenverdienst. Für diese in den Jahren 1911—1913 befragten 4140 Drechler beträgt nun der mit den Ergebnissen von 1902 und 1906 vergleichbare Wochenverdienst 25,72 Mk.

Zweifellos haben sich also die Arbeitsverhältnisse auch im Drechslergewerbe unter dem Druck der Organisationskraft der widrigen Verhältnisse vorwärts entwickelt.

Erst für Perlmutter. Während die Verwendung von Galalith dem Verbrauch an Perlmutter zwar Abbruch getan hat, dem Perlmutterdrechslergewerbe aber eher eine neue Belebung brachte, berichten jetzt die österreichischen Anopisdrechlermeister über einen neuen Erleichterungsstoß, der ihnen erhebliche Konkurrenz bringt.

Gewerkschaftliches.

Die Anträge zum Gewerkschaftskongress.

Die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses, der am 22. Juni in München eröffnet wird, ist um einige Punkte erweitert worden. In der von der Generalkommission veröffentlichten Einladung zum Gewerkschaftskongress werden auch die Referenten bekanntgegeben.

Unter den im „Correspondenzblatt“ veröffentlichten Anträgen steht an erster Stelle das von der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände beantragte „Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands“.

Der zweite Abschnitt behandelt die „Erledigung von Grenzstreitigkeiten“. Er entspricht der vom Gewerkschaftskongress zu Hamburg 1908 beschlossenen Resolution über diesen Gegenstand, die durch Bestimmungen über ein schiedsgerichtliche Erledigung von Grenzstreitigkeiten erweitert ist.

Dem Abschnitt über „Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen“ liegt der Beschluß des Gewerkschaftskongresses zu Köln 1905 zugrunde. Neu ist die Bestimmung, nach welcher bei außergewöhnlichen Lohnkämpfen, bei welchen der beteiligte Verband auf die Unter

führung der Allgemeinheit angewiesen ist, von allen angeschlossenen Verbänden ein der Mitgliederzahl entsprechender Beitrag erhoben wird. Die Voraussetzungen für die Gewährung dieser Unterstützung sind näher umschrieben und unter anderem ist bestimmt, daß der von den angeschlossenen Verbänden zu leistende wöchentliche Beitrag in der Regel so zu bemessen ist, daß dem zu unterstützenden Verband für die freientgeltende oder ausgesperrten Mitglieder von 13wöchiger Mitgliedschaft an, eine Unterstützung von 9 M., und für solche von mindestens 26wöchiger Mitgliedschaft eine Unterstützung von 12 M. pro Woche gewährt werden kann.

Der letzte Abschnitt des Regulators behandelt die „Gewerkschaftstabelle“. Hier ist die, diesen Gegenstand betreffende Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses mit einigen redaktionellen Änderungen wiedergegeben. Sie ist ergänzt durch die, auf die Kartelle bezüglichen Vorschriften der vom Hamburger Gewerkschaftskongress beschlossenen Boykottresolution.

Von den Anträgen, die von Zentralvorständen, einzelnen Instituten der Verbände und von Gewerkschaftskartellen gestellt sind, beziehen sich einige auf die Tagesordnung des Kongresses. Es wird von je einem Antragsteller verlangt, die Frage der Betriebsorganisation, die Massenstreikfrage, die Errichtung von Bezirksarbeitersekretariaten und die Ausbringung der Geldmittel für die Wahlen zu den Versicherungsträgern und den Versicherungsbehörden auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen. Zum Reichstagsbericht der Generalkommission wird verlangt, die jährliche Zahl der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse in der bisherigen Höhe zu lassen und die Kartellvorsitzenden der kleineren Städte zu diesen Kursen heranzuziehen. Eine ganze Reihe von Anträgen verlangt, daß die Kosten der Bezirkssekretariate von der Generalkommission bzw. den Zentralverbänden aufgebracht werden und daß solche Sekretariate für jeden Bezirk eines Oberverwaltungsamtes eingerichtet werden.

Das Gewerkschaftskartell Delmenhorst will den Zusammenschluß sämtlicher Zentralverbände zu einem Gewerkschaftsverbande anstreben. Mehrere Anträge wollen in verschiedener Form die organisierten Arbeiter verpflichten, ihre erwerbstätigen Familienangehörigen der zuständigen Berufsorganisation zuzuführen. Der Vorstand des Verbandes der Friseurgehilfen appelliert an die organisierten Arbeiter, die Organisationsbestrebungen der Friseurgehilfen zu unterstützen. Weiter wird beantragt, für die fremdsprachigen Arbeiter alle Vierteljahre aufläufende Flugblätter herauszugeben. Den Ausbau der sozialpolitischen Abteilung haben einige Anträge zum Zweck, welche der Vorstand des Buchbinderverbandes gestellt hat. Hiernach soll eine in zwangloser Folge erscheinende Korrespondenz als Materialsammlung für die agitatorisch tätigen gewerkschaftlichen Funktionäre herausgegeben werden. Ferner soll die sozialpolitische Abteilung bei wichtigen, die Gewerkschaften interessierenden Tagesfragen schnellstens Denkschriften herausgeben. Schließlich wird eine allgemeine Enquete über die Unfallgefahren in allen Berufen beantragt.

Die Frage der Genossenschaften betreffen Anträge mehrerer Verbändezahlstellen in Lübeck, durch welche verlangt wird, daß die Arbeitsvermittlung für genossenschaftliche Betriebe nicht auf die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes beschränkt sein soll. Die Zahlstellen Frankenberg und Hohenheim des Tabakarbeiterverbandes beantragen die Aufhebung einiger Bestimmungen der das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften regelnden Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses. Mehrere Anträge bezwecken eine anderweitige Regelung der Vertretung auf dem Gewerkschaftskongress.

Eine größere Zahl von Anträgen betrifft die Grenzstreitigkeiten. Erwähnt sei ein Antrag des Vorstandes des Buchbinderverbandes, der eine möglichst einheitliche Regelung der Uebertrittsbedingungen für die Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften bezweckt, besonders hinsichtlich der Karenzzeiten für den Bezug von Unterstützungen. Der Vorstand des Gemeindearbeiterverbandes verlangt die Anerkennung der Betriebsorganisation und das gleiche Ziel haben Anträge im Auge, welche von einigen Zahlstellen des Fabrikarbeiterverbandes gestellt sind. Die Tabakarbeiter und die Metallarbeiter in Breslau verlangen, daß der Gewerkschaftskongress den Streit um die Organisationszugehörigkeit der Maschinenarbeiter an den Zigarettenmaschinen je im Sinne der Antragssteller entscheiden möge. Die Metallarbeiter in Kiel beantragen, nur die der Zentralwerkstoffkommission angeschlossenen Gewerkschaften als auf den Seeschiffswerften zuständig anzuerkennen. Die Zahlstelle Beucha des Steinarbeiterverbandes protestiert gegen die vom Fabrikarbeiterverband in den Steinbrüchen betriebene Agitation, und mehrere andere Anträge verlangen allgemein die Beseitigung der die Agitation störenden Grenzstreitigkeiten.

Die Streitunterstützung betrifft ein Antrag der Zimmerer in Braunshweig, die verlangen, daß bei Ausschreibung von Extrabeiträgen durch die Generalkommission jedes Gewerkschaftsmitglied einen Extrabeitrag entsprechend seinem Verdienst zu leisten hat, der durch eine Einheitsmarke mit den laufenden Verbandsbeiträgen zu quittieren ist. Das Gewerkschaftskartell Kolberg will in die Statuten aller Verbände eine Bestimmung aufgenommen wissen, die alle Zahlstellen verpflichtet, sich dem örtlichen Gewerkschaftskartell anzuschließen. Die Einführung der Feuerversicherung bei der „Volksfürsorge“ beantragt das Gewerkschaftskartell Marienwerder.

Von sonstigen Anträgen sei erwähnt ein solcher der Zahlstelle Bahren des Deutschen Holzarbeiterverbandes, der die Zentralvorstände beauftragt will, den Verlust an Arbeitslohn, den die Gewerkschaftsmitglieder durch militärische Übungen erleiden, statistisch festzustellen. Mehrere Zahlstellen des Tabakarbeiterverbandes verlangen eine bessere Unterstützung der Bestrebungen dieser Organisation. Einer dieser Anträge will es den Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht machen, ihren Bedarf an Zigaretten nur von Genossenschaften decken zu lassen, ein anderer will, daß die Arbeiterzeitungen keine Reklamanzeigen von solchen Zigarettenfabrikanten aufnehmen, die keinen Tarif mit dem Tabakarbeiterverband abgeschlossen haben. Auf die Maiseier beziehen sich zwei Anträge. Die Metallarbeiter in Wolfenbützel wollen die Maiseier so festgelegt haben, daß es auch den Arbeitern möglich ist, den 1. Mai zu feiern, andernfalls

sollen auch die angestellten Beamten arbeiten. Das Gewerkschaftskartell Ederstörpe will die Maimarken ersetzen durch regelmäßige Beiträge von 5 Pf. pro Mitglied und Monat. Schließlich wird noch eine Überflüssige Zusammenstellung sämtlicher Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse und die Lieferung der Protokolle der ersten Gewerkschaftskongresse an die Gewerkschaftskartelle verlangt. — Wir beschränken uns auf diese summarische Registrierung der veröffentlichten Anträge, ohne kritische Betrachtungen an sie zu knüpfen. Ein Teil der Anträge bringt gewiß recht beachtenswerte Anregungen, doch ist auch ein Teil darunter, die ohne Nachteil für die Gewerkschaftsbewegung hätten unterbleiben können.

Der Verbandstag der Gastwirtsgehilfen tagte vom 12. bis 16. Mai in Hamburg. Der Verband hat im letzten Jahre das Schicksal vieler Gewerkschaften geteilt und einen kleinen Rückgang der Mitgliederzahl erleiden müssen. Diese beträgt jetzt 10 025, dabei 1046 weibliche, gegen 10 542 am Schlusse des Jahres 1912. Das Verbandsvermögen stieg dagegen auf jetzt 273 000 M. oder 17,03 M. pro Mitglied. Einen großen Raum in den Verhandlungen des Verbandstages nahm die Besprechung von Konflikten ein, die sich in Berlin zwischen dem Hauptvorstand und einem Teil des Ortsvereins herausgebildet haben. Die Erörterungen fanden in geschlossener Sitzung statt und endeten mit der Billigung des Verhaltens dieses Teiles der Berliner Mitgliedschaft, deren Vertreter schließlich ein harmonisches Zusammenarbeiten für die Zukunft ausdrücklich zusagten. Die Arbeitsnachweisleitung hat in diesem Gewerbe mit seinen häufigen Stellenwechsel erhöhte Bedeutung. Eine wesentliche Einschränkung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung hat, wie die Delegierten berichteten, auch das diesbezügliche Gesetz nicht gebracht. Der Verbandstag sprach sich deshalb für paritätische Facharbeitsnachweise aus, forderte aber für diese volle Selbstverwaltung seitens der beteiligten Arbeitgeber- und -nehmerverbände gegenüber dem Streikunterstützungsausschuss u. a. eine Erhöhung der Streikunterstützungssätze auf 1,50 bis 2 M. pro Tag. Das Verlangen, die jetzt nur im Winter gewährte Arbeitslosenunterstützung auf das ganze Jahr auszudehnen, wurde abgelehnt. Zu der an einzelnen Orten auch für unseren Verband in Betracht kommenden Frage der Doppelnisfunktion wurde beschlossen, daß die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen nicht zum Doppelbezug der Unterstützungen berechtigt.

Der Verband der Kupferschmiede hat im Jahre 1913 seine Mitgliederzahl von 5256 auf 5337 gesteigert. Der Vorstandsbericht betont, daß dieses Ergebnis noch besser gewesen wäre, wenn nicht die ungünstigen Nachwirkungen der Werstarbeiterbewegung die Werbearbeit erheblich beeinträchtigt hätten. Die Beitragsereinnahmen brachten 188 242 M. Die Unterstützungen erforderten bei Arbeitslosen 20 000 M., bei Reisenden 13 000 M., in Krankheitsfällen 30 000 M. und bei Streiks 48 000 M. Das Jahr schließt mit einem Vermögensbestande von 144 000 M. ab.

Der Lederarbeiter-Verband hielt Mitte Mai in Berlin einen Verbandstag ab. Der Vorstand konnte dabei berichten, daß selbst das Krisenjahr 1913 noch einen Zuwachs von 748 Mitgliedern gebracht habe, so daß jetzt insgesamt 16 481 Mitglieder vorhanden sind. In gleicher Weise ist das Vermögen des Verbandes gestiegen, das jetzt 233 000 Mark oder 14 M. pro Mitglied beträgt. Auf dem Verbandstage wurde auch die Verschmelzungsfrage wieder erörtert, aber ein weiteres Vorgehen auf diesem Gebiete für verfrüht bezeichnet. Ebenso wurde die beantragte Einrichtung eines Verbandsbeirates abgelehnt. Denselben Schicksal verfielen auch die Anträge, die eine Änderung in der Beitragszahlung bezweckten. Der Vorstand wurde beauftragt, dafür einzutreten, daß möglichst bei allen Lohnbewegungen die Forderung auf Gewährung von Arbeiterferien mitgestellt werde. Der Verbandstag soll künftig in der Regel in Berlin stattfinden.

Ludwig Schröder gestorben. Aus Bochum kommt die Nachricht, daß Ludwig Schröder im Alter von 66 Jahren gestorben ist. Schröder war einer der bekanntesten Führer der deutschen Bergarbeiter. Ursprünglich war er Schuhmacher, er sattelte aber später um und wurde Bergmann. In seinem Wohnort Dortmund erwarb er sich bald das Vertrauen seiner Kameraden. Schon in den sechziger Jahren war er bei den Streiks der Bergarbeiter im Dortmund Revier hervortretend an der Führung beteiligt. Seitdem stand Schröder immer im Vordertreffen der Bergarbeiterbewegung. Bei dem großen Streik der Ruhrbergleute im Jahre 1889 wurde der Name des Bergarbeiterführers Schröder in weiteren Kreisen bekannt, war er doch der Sprecher der Deputation, die damals an den Kaiser geschickt, aber sehr ungnädig empfangen wurde. Noch im gleichen Jahre wurde der Bergarbeiter-Verband gegründet und Schröder zum Vorsitzenden gewählt. Die Streitigkeiten mit der einige Jahre später gegründeten ultramontanen Gegenerorganisation gaben den Anlaß zu dem berühmten Essener Meineidsprozeß vom Jahre 1905, bei welchem mehrere Bergarbeiterführer unschuldig zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Schröder wurde damals zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt, die er auch verbüßte. Erst im Jahre 1911 gelang es, das Wiederaufnahmeverfahren durchzusetzen, in welchem Schröder und seine Unglücksgefährten glänzend freigesprochen wurden. Bald nachdem ihm diese Genugtuung gegeben war, brach Schröder körperlich zusammen. Er erlitt einen Schlaganfall, wurde ganzlich gelähmt und siedete seitdem dahin. Der Tod bedeutete für den schwergeprüften Mann eine Erlösung. Das Andenken Ludwig Schröders wird nicht nur bei den Bergarbeitern, sondern in der gesamten Arbeiterschaft in Ehren gehalten werden.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Verwendung gefälschter Beitragsmarken ist schwere Urkundenfälschung. Zwei frühere Mitglieder des Vädereverbandes hatten sich 1000 Marken nach dem Muster der Verbandsmarken drucken lassen. Sie waren längere Zeit mit ihren Beiträgen im Rückstand; um sich trotzdem die Rechte an den Verband zu sichern, klebten sie je eine Anzahl der gefälschten Marken in ihr Mitgliedsbuch und

legten dann diese Bücher auf dem Verbandsbüro zur Urkundenfälschung vor. In dem einen Fall gelang der Schwindel, der andere Betrüger wurde aber gefaßt und die bei ihm vorgenommene Hausdurchsuchung förderte den Rest der gefälschten Marken an den Tag. So kam die Angelegenheit zur Kenntnis der Gerichte und die beiden Schuldigen wurden vom Landgericht Berlin I auf Grund der §§ 267 und 268 des Strafgesetzbuches wegen schwerer Urkundenfälschung zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Gegen dieses Urteil hat einer der Beurteilten Revision beim Reichsgericht eingelegt. Dieses hat nunmehr das Urteil bestätigt. Das Landgericht hatte in dem Urteile neben der gefälschten Marke den Tatbestand der Urkundenfälschung entbedet. Das Reichsgericht bezeichnet diese Auffassung zwar als irrig, es erblickte aber die Straftat schon in der unbefugten Anfertigung der Marken, die rechtserechliche Urkunden sind. Daß nicht die Angeklagten selbst die Marken gefälscht, sondern sich hierzu eines Druckers bedient haben, der in gutem Glauben gehandelt hat, kommt nicht in Betracht. — Dieses Urteil ist für die Gewerkschaften nicht ohne Bedeutung; es gewährt ihnen einen gewissen Schutz gegen betrügerische Mitglieder, die sich durch uneheliche Manipulationen Sonderprivilegien verschaffen wollen.

Eingesandt.

Zur Knopfmacherkonferenz.

Entgegen der Ansicht der Zentralkommission möchte ich betonen, daß meine Anregung auf Abhaltung einer Konferenz lediglich auf die in unserer Branche gesammelten Erfahrungen der letzten Jahre zurückzuführen ist. Die Einführung der Maschinen in der Perlmutterindustrie ist schneller erfolgt, als vielfach geglaubt wurde. Die Erfahrung lehrt auch, daß überall, wo die Maschinen den Handbetrieb verdrängen, die Produktionsmethode eine andere wird und weibliche Arbeitskräfte ihren Platz halten. Allein diese beiden Punkte, abgesehen von all den anderen, welche ich erwähnt habe, machen es notwendig, eine Verständigung herbeizuführen.

Der Kollege Hoyer kommt zu dem Schluß, daß die Durchführung der chemischen Materialien Gokalith, Badalith usw. die Schuld tragen, daß in der Stein- und Hornbranche die Krise eingetreten wäre. Ich glaube, daß das ein Irrtum ist. Nebenbei sei bemerkt, daß in der Perlmutterbranche die Krisis jedenfalls so stark vorhanden ist als in der Steinindustrie. Wenn Kollege Hoyer meint, daß die Preise der Rohmaterialien von Steinnuß, Horn und Perlmutter die Veranlassung gegeben hätten, so kann ich dem nicht beistimmen. Wenn Gokalith billiger als Steinnuß wäre, so würden jedenfalls die Schmölner Steinnußfabrikanten in ihren Betrieben Gokalith verarbeiten lassen, denn die Herstellung von Gokalithknöpfen durch Maschinen ist fast genau dieselbe wie bei Steinnußknöpfen. Ich bin der Meinung, daß sich der Gokalithknopf durch sein schönes Aussehen und die herrliche Farbenstellung so stark eingeführt hat. Daß die Herstellung von Gokalithknöpfen, was den Arbeitslohn anbetrifft, billiger ist als die aus Naturmaterialien, muß ich ebenfalls in Abrede stellen. Ausgenommen Maschinenarbeit. Von Handarbeit, welche das Einlegen von Perlmutterplatten und Zusammenlegung des Gokalith anbetrifft, wachen den Arbeitslohn eines Gros Knöpfe von der billigsten Sorte mindestens fünf bis sechs Gros Steinnußknöpfe herzustellen sein. Ich bemerke, daß das gewöhnlichste Muster mit Perlmuttereinlage Größe 28" 3,20 M. pro Gros Arbeitslohn kostet, ohne Bohren, Schürern und Polieren. Was schwerere Muster anbetrifft, so stellen sich dieselben bis 10 M. pro Gros und noch mehr. Die Auffassung, als ob die Krise in den genannten Branchen auf Konto der billigeren Herstellung von Gokalith zu setzen sei, ist also nicht zureichend. Das einzige Material, welches als Konkurrenz und billiges Produkt in den Handel gelangt, wäre Badalith. Jedoch ist die Fabrikation nicht so groß, daß die Nachfrage bededt werden kann. Denn soweit mir bekannt ist, gibt es bis heute nur einen Betrieb in ganz Deutschland, wo Badalith verarbeitet wird. Es ist dieses die Firma Antonia in Gardelegen, welche ungefähr 50 bis 60 Personen beschäftigt. Mitin lauz auch dieser Betrieb nicht den Erfolg für die Laufende Knopfmacher in Schmölln und anderswo bringen. Die Krise in der Knopfmacherbranche hat ihre Ursachen genau so wie in anderen Industrien; haben wir doch in früheren Jahren, wo Rohmaterialien noch nicht bestanden, genau die gleichen Zeiten durchgemacht. Auch die Betriebe, in welchen Gokalith und Badalith verarbeitet wird, haben schon Störungen und Arbeitszeiterwässerungen gehabt.

Ich persönlich und mit mir eine ganze Reihe Kollegen, welche in der Perlmutter- und Gokalithbranche beschäftigt sind, haben die Meinung, daß ein langes Hinabschieben der Konferenz nicht von Vorteil sein kann. Wenn nach Meinung der Zentralkommission erst Erhebungen und Feststellungen angestellt werden sollen, so hoffen wir, daß dieses nicht so lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Jedenfalls sollten wir uns beeilen, daß das nötige Material zu einer Konferenz bald zusammen kommt, damit die dort gewonnenen Erfahrungen noch rechtzeitig in Anwendung gebracht werden können. Im nächsten Frühjahr laufen in den meisten Orten die Tarifverträge ab, und da wäre es doch zweckdienlich, wenn bis dahin eine Aussprache unter den Knopfmachern stattgefunden hätte.

Fr. Söhle - Gardelegen.

Literarisches.

Die nachbenannten Werte können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin SO. 16. Am Röllischen Platz 2, bezogen werden.

Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie. Auf Grund der Programme und Kongressbeschlüsse der Partei gemeinverständlich dargestellt von Eduard Bernstein. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. H. S. Preis 1 M., Vereinsausgabe 30 Pf.

Die Berufskrankheiten der Arbeiter, Aufrechter und Lachterer. Von Alh. Fleck. (Heft 39 der Arb.-Ges.-Bibl.) Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. H. S. Preis 20 Pf.

